

**Stromleitungen in der Bundesrepublik: So tun, als würde Kohle transportiert**

auftrag) geriet schwieriger, als die ZDF-Journalisten erwartet hatten.

Denn die Fernseh-Leute wollten keine private Wirtschaftsprüfer-Gesellschaft für die BP-Inquisition anheuern. Diese hätte allzu leicht in den Verdacht geraten können, den Mächtigen der Ölwirtschaft nicht wehtun zu wollen.

Den meisten der vom ZDF angesprochenen „ersten Adressen“ („Bilanz“-Redakteur Udo van Kampen) unter den Wirtschaftswissenschaftlern aber war der Auftrag wohl zu heikel. Fast alle Professoren lehnten ab.

Erst nach langen Vorgesprächen sagte schließlich der Bonner Ordinarius Albach zu, der sich durch ein Universitäts-Seminar für Unternehmer profiliert hatte und 1978 in den „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ berufen worden war.

Wichtigste Bedingung, die Albach vor Antritt seines Neben-Jobs stellte: Es müsse ihm zugesichert werden, daß er alle Unterlagen einsehen könne, die er anfordern werde — auch Zahlen und Verträge der BP-Muttergesellschaft in London.

So weit mochte Buddenberg sich dem Professor zunächst denn doch nicht ausliefern. Dann aber räumte er Albach und dessen fünfköpfiger Prüfungsmannschaft die gewünschten Informationsrechte ein.

In manche Firmen-Geheimnisse weihten die BP-Leute den Prüfer zwar „erst beim dritten Nachfassen“ (Albach) ein. Aber: „Ich habe so lange insistiert“, versichert der Ökonom, „bis ich absolute Klarheit hatte.“

Die war in Hamburg allein nicht zu bekommen. Denn entscheidend für das Reinheit-Testat ist bei einem Multi die Antwort auf die Frage, ob denn die

Konzernmutter für ihre Lieferungen an die Tochter die eigenen Kosten stets korrekt in Rechnung stellte.

Nur in London war zu ermitteln, ob die BP-Mutter womöglich

- ▷ versteckte Rabatte von den Ölländern erhielt, die sie nicht an die Hamburger Tochter weitergab;
- ▷ Rohöl und Fertigprodukte für die Tochter fälschlich als teure Zukäufe auf dem freien Rotterdamer Markt deklarierte oder
- ▷ der Tochter überhöhte Fracht-Zahlungen abverlangte.

Die Recherchen in Hamburg hatte Albach im Dezember aufgenommen. Für die kniffligen Checks in London nahm er sich nur vergangenen Dienstag und Mittwoch Zeit.

## SUBVENTIONEN

### Dreimal draufzahlen

**Elektrizitätswirtschaft, Kohlenbergbau und Bundesregierung handeln ein neues Stromgesetz aus. Es geht zu Lasten der Verbraucher und der Steuerzahler.**

Seit mehr als einem Jahrzehnt haben die Landwirte mit ihren Einkommen zu den übrigen Ständen aufgeschlossen. Doch subventioniert werden die Bauern, als lebten sie auch heute noch in bitterer Armut.

Seit gut zwei Jahrzehnten herrscht an Sparkapital in der Bundesrepublik kein Mangel, die Deutschen erweisen sich mit erstaunlicher Stetigkeit als fleißige Sparer. Doch subventioniert werden die Sparbuchbesitzer noch immer, als müsse, wie nach dem Weltkrieg, mit Staatshilfe das Sparbewußtsein aufgepäppelt werden.

Subventionen, das lehrt das Leben, überdauern die Anlässe, für die sie geschaffen wurden.

Diese eherne Erfahrung machen sich nun die Manager des Steinkohlebergbaus und der Stromwirtschaft in geradezu mustergültiger Weise zu eigen. Vor fünf Jahren schusterte Bonn der Energie-Wirtschaft den sogenannten Kohlepennig zu. Die bei den Stromverbrauchern einkassierte Abgabe (gegenwärtig rund 4,5 Prozent vom Elektrizitäts-Rechnungsbetrag) geht auf die Konten der Elektrizitätswerke, um diesen das Verfeuern heimischer Kohle zu erleichtern.

Der Kohle zum Wohle flossen so jährlich bis zu 2400 Millionen Mark an die E-Werke. Nach dem Willen der Regierung sollen damit die „Mehrkosten der Verstromung von Steinkohle gegenüber dem Einsatz von schwerem Heizöl“ ausgeglichen werden.

Die Mehrkosten gibt es schon längst nicht mehr, die Subvention aber soll erhalten bleiben.

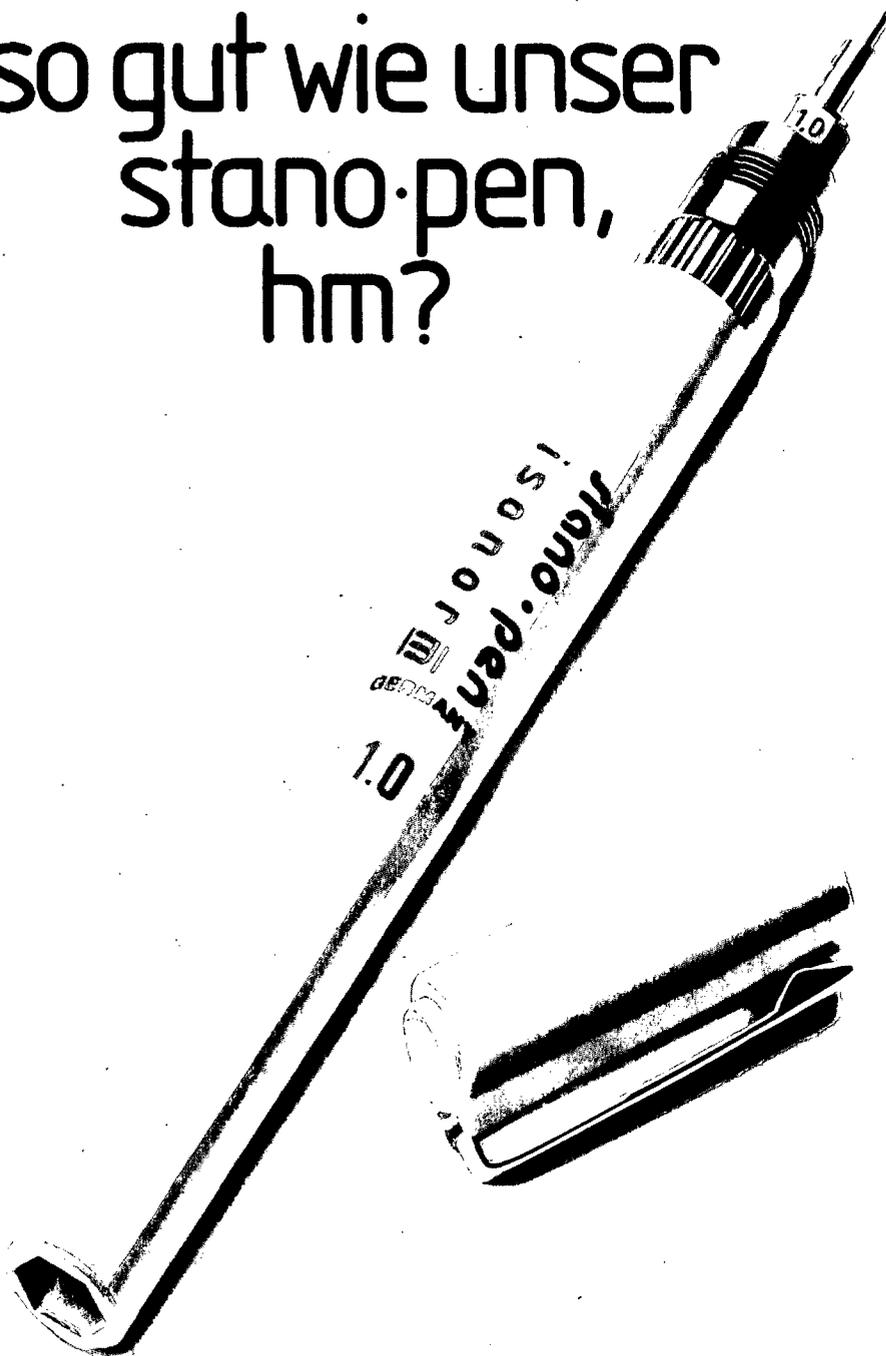
Die „erheblichen Kostennachteile“ deutscher Kohle, denen das Verstromungsgesetz abhelfen wollte, haben sich sogar ins genaue Gegenteil verkehrt: Die einst „kostenungünstige Steinkohle“ ist heute billiger als das immer teurer gewordene Schweröl.

Die Streichung der Subvention wäre nach dem Gesetzestext längst fällig. Wenn „wesentliche Veränderungen auf dem Energiemarkt“ eintreten, so nämlich lautete 1977 der Auftrag des Gesetzgebers, solle die Bundesregierung die Zuschüsse ohne Einschaltung des Parlaments kürzen oder ganz einstellen.

Aber genau das möchten die Kohleverstromer gerne vermeiden. Lieber hätten sie ein Änderungsgesetz. Und weil das Heizöl nicht mehr die passen-

# Ist Ihr Tuschefüller so gut wie unser stano·pen, hm?

COMMUNICATION



Der stano·pen ist ein Tuschefüller, der schnell anschreibt, mit gleichmäßigem Tuschefluß präzise Linien zieht und leicht zu reinigen ist. Mit dem stano·pen haben Sie also einen Tuschefüller für problemloses, rationelles Tuschezeichnen und -beschriften. Das haben erst kürzlich Konstrukteure, Ingenieure und Technische Zeichner in einem großen Praxis-Test bestätigt.

Testen Sie selbst einmal den stano·pen. Dann merken Sie schnell, was ihn auszeichnet.

Informationen über unser gesamtes Programm von stano·pen-Tuschefüllern, Zeichenschablonen und Schriftschablonen sowie das Beschriftungssystem stano·script erhalten Sie bei Ihrem Zeichenbedarfs-Fachhändler oder von uns.

Ein Zeichengeräte-Programm, das Zeichen setzt.

## STANDARDGRAPH

STANDARDGRAPH Zeichengeräte GmbH, Postfach 829, 8192 Geretsried 2

de Meßgröße ist, haben sie sich nun die Importkohle als Orientierungsmarke herausgesucht. Verständlich, denn die kostet nur halb soviel wie das schwarze Gold von Ruhr und Saar.

Dabei ist der Kohlepfennig bei weitem nicht die einzige öffentliche Hilfe für den nationalen Brennstoff. „Ein nur noch von wenigen Experten überschaubares System von Subventionen“, barmt der frühere Chef des Stromversorgers Preussenelektra, Erhard Keltch, stützt inzwischen den Preis der Kohle. Beim Jahresumsatz von knapp 15 Milliarden Mark kostet der Steinkohlebergbau die Bundesbürger zwölf



**Ruhrkohle-Chef Bund**  
Zusatzgeschäft von 600 Millionen Mark?

Milliarden Mark — jede Mark Umsatz ist mit 80 Pfennig subventioniert.

Soweit diese staatlichen Subsidien dem Zweck dienen, die weitaus wichtigste heimische Energiereserve lieferbereit zu halten, haben sie gewiß ihren Sinn. Der Kohlepfennig jedoch hat inzwischen keinerlei Einfluß mehr darauf, wieviel Kohle in die Öfen der E-Werke geschüttet wird.

Seit nämlich Umweltschützer und Gerichte den Stromfabrikanten die expansiven Atompläne verdarben, können diese gar nicht anders, als Steinkohle zu verfeuern. Die Importkohle ist durch Gesetz blockiert, der Bau von Öl- oder Gaskraftwerken ist verboten, und zur Verstromung von 33 Millionen Tonnen Kohle im Jahr bis Anno 1987 haben die E-Werke sich schon längst selbst verpflichtet.

Ruhrkohle-Chef Karlheinz Bund plant schon darüber hinaus. Er läßt sich jetzt bei der Novellierung des Verstromungsgesetzes „verlässliche“ Garantien dafür festschreiben, daß die E-Werke bis 1995 ihre Abnahmemenge auf 50 Millionen Jahrestonnen erhöhen.

Ihre Leistungen wollen sich die Stromhersteller durch die weitere Verfeinerung des Subventionssystems versüßen

lassen. So bekommen sie künftig den Aufwand für die Rauchgasentschwefelung, die ihnen gesetzlich verordnet ist, gesondert erstattet.

Genauso unsinnig: Für die Überleitung von Strom soll den E-Werkern zukünftig so viel aus den öffentlichen Kassen bezahlt werden, wie der Versand der entsprechenden Menge Kohle per Bahn oder Schiff gekostet hätte.

Der Staatsbürger muß dabei gleich dreimal draufzahlen. Am Beispiel des von Badenwerk, Energie-Versorgung Schwaben und Bayernwerk gemeinsam geplanten Kohlekraftwerks Bexbach/Saar wird der ökonomische Widersinn offenbar:

- ▷ Für den 750-Megawatt-Block im Saarland bekommen die Bauherren zunächst steuerfrei einen verlorenen Zuschuß von 135 Millionen Mark;
- ▷ um den am falschen Standort erzeugten Strom ins süddeutsche Versorgungsgebiet mitten durch den Naturpark Pfälzer Wald zu transportieren (SPIEGEL 3/1980), werden die zusätzlichen Kosten gegen-



**Ex-Strommanager Keltsch**  
„Kaum übersehbares System“

über der Kohlefracht vom Staat erstattet;

- ▷ was die Bahn auf diese Weise an Frachteinnahmen verliert, muß durch entsprechend höhere Bundeszuschüsse an die Eisenbahnkasse ersetzt werden.

Was soll's — fernab einer Öffentlichkeit, der längst der Durchblick durch das Subventionsdickicht genommen ist, haben sich Kohle- und Stromlobby unter der gütigen Assistenz Bonner Beamter schon weitgehend über ein neues Verstromungsgesetz geeinigt.

Einstweilen mag keiner der Beteiligten über den Stand der Verhandlungen viel reden. Ministerialdirigent Bernhard Braubach, der zuständige Kohleexperte im Bundeswirtschaftsministerium, weiß auch warum: „Das könnte eher stören.“

## DEUTSCHLAND-POLITIK

### Schwarze Wolken

**Unionsabgeordnete verlangen ein Hearing über das Los von Häftlingen in der DDR. Die Koalition befürchtet einen Stopp des Gefangenenfreikaufs.**

Die „Zeitung für Deutschland“ wußte ganz genau, daß im anderen Teil Deutschlands Schlimmes passiert war. Die DDR-Behörden, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ am vergangenen Mittwoch en passant in einem Artikel über die Aussiedlung von Deutschen aus der Tschechoslowakei, hätten „den Häftlingsfreikauf zum Erliegen gebracht“.

Die Realität: Exakt zwei Tage zuvor war wieder ein Transport mit über 40 Häftlingen über die innerdeutsche Grenze von Ost nach West gekommen — Ergebnis jener „besonderen Bemühungen“, mit denen Bonn seit jeher den Freikauf politischer Gefangener aus der DDR umschreibt.

Jährlich an die 1500 DDR-Bürger verdanken diesen Bemühungen Haftentlassung und Ausreise in die Bundesrepublik. Bonn zahlt entgegen landläufiger Meinung nicht mit Devisen, sondern mit Sachleistungen wie Rohstoffen oder Fertigungsteilen für die Industrieproduktion.

Daß in letzter Zeit immer wieder Meldungen über angebliche Schwierigkeiten in dem diskreten Geschäft durch die westdeutschen Medien geistern, ist Spätfolge der Amnestie zum 30. Jahrestag der DDR im Oktober letzten Jahres. Damals stockte der Handel vorübergehend; die Ost-Berliner wollten erst einen Überblick gewinnen, wer von den Freikauf-Kandidaten schon aufgrund der Amnestie das DDR-Gefängnis hatte verlassen dürfen.

Nun aber droht den besonderen Bemühungen tatsächlich Gefahr — dank jenen selbsternannten Deutschlandexperten der CDU/CSU vom Schlage Manfred Abelein, Claus Jäger und Hans Graf Huyn, die laute Anklagen gegen die DDR beharrlich mit innerdeutscher Politik verwechseln.

Ihre jüngste Litanei zielt auf die Zustände in den ostdeutschen Haftanstalten. Und weil es darüber vom Innerdeutschen Ministerium des Sozialdemokraten Egon Franke „nichts Amtliches gibt“ (Jäger), wollen sie selbst forschend tätig werden: Am 27. Februar beschloß die CDU/CSU-Minderheit im Innerdeutschen Ausschuß des Bundestages, daß ehemalige politische Gefangene in einer öffentlichen Anhörung in Bonn über die Haftbedingungen in der DDR berichten sollen.

Einer der Paradezeugen soll der Wehrdienst-Verweigerer Niko Hübner sein, der im vergangenen Oktober, am gleichen Tag wie der System-Kriti-

## „Die Schnellstraße“ Nach Norwegen

**In 4 Stunden, preiswert und schnell ins Land der Fjorde, Berge und der Mitternachtssonne.**

Bis 3x täglich, ganzjährig  
Hirtshals – Kristiansand

Bis 5x täglich, in der Hochsaison  
Hirtshals – Kristiansand

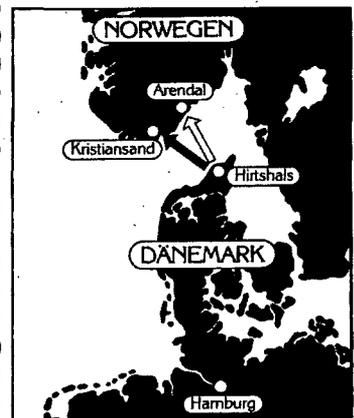
6x wöchentlich in der  
Hochsaison Hirtshals – Arendal

Fahrt	1.1.–19.6.	20.6.–10.8.
Fahrt	11.8.–31.12.	
Erwachsene	DM 40,-	DM 58,-
einfache Fahrt	DM 40,-	DM 58,-
PKW einfache Fahrt		
Bei Hin- und Rückfahrt Verdoppelung der Fahrpreise.		



**PKW einschl. bis zu 5 Personen**

1.1.–19.6. und 11.8.–31.12. auf allen Abfahrten	<b>DM 150,-</b>
20.6.–10.8. nur auf den Abfahrten um 8.00 Uhr und 19.00 Uhr von Hirtshals, um 7.00 Uhr von Kristiansand und 17.15 Uhr von Arendal	<b>DM 220,-</b>
27.6.–10.8. auf den Abfahrten um 3.30 Uhr von Hirtshals und 22.00 Uhr von Kristiansand	<b>DM 183,-</b>



Detaillierte Fahrpläne in den Reisebüros und Automobilclubs oder beim General-Agenten:

**Norwegische Schiffahrts-Agentur GmbH**  
Kl. Johannisstr. 10,  
Postfach 11 0 840  
2000 Hamburg 11  
Tel. (040) 36 13 61,  
Telex 02-13907



**Fred. Olsen Lines**  
**SKAGERAK-EXPRESSEN**